Bluter

Angst und Gefahr

Wer trägt Verantwortung für die Aids-Infektion von mindestens 1500 Blutern? Ein Untersuchungsausschuß befragt die Minister.

Der Aachener Postbeamte Wilfried Breuer setzte seine ganze Hoffnung in das Blutpräparat Faktor VIII. Das Gerinnungsmittel versprach Blutern wie Breuer endlich ein Leben ohne Angst vor offenen Wunden und Gelenkblutungen.

1983, als er das Präparat bekam, ahnte Breuer nicht, daß er mit der Behandlung ein neues, lebensbedrohendes Risiko einging: In zahlreichen Bluter-Präparaten fanden sich später Aids-Viren.

Mindestens 1500 Bluter haben sich bis Mitte der achtziger Jahre infiziert. Breuer, mittlerweile 43, lebt seit 1986 mit dem HI-Virus, noch ist Aids nicht ausgebrochen.

Der Aachener hat nun die Bundesrepublik auf Schadensersatz verklagt. Der Staat sei haftbar für die Infektion, argumentiert Breuer, weil die Gesundheitsbehörden zu spät eingegriffen hätten: „Man hätte alles wissen können, weil man alles wußte.“

In den nächsten Monaten werden überall im Lande Gerichte über Klagen wie die von Breuer entscheiden. Sie werden darüber urteilen, ob das Bundesgesundheitsamt (BGA) und das Bundesgesundheitsministerium zu spät oder zu lasch auf Alarmmeldungen über die Todesgefahr für Bluter reagierten.

In Bonn versucht ein Untersuchungsausschuß des Bundestages seit Anfang November, dem „zynischsten Umgang mit Menschenleben seit Contergan“, so der Ausschußvorsitzende Gerhard Scheu (CSU), auf die Spur zu kommen. Die fünf Gesundheitsminister, die seit 1982 das Ressort führten, wurden um Stellungnahmen gebeten: Wann erfuhren sie von der Gefahr? Warum ließen sie die Mittel nicht gleich vom Markt nehmen? Gibt es eine politische, womöglich rechtliche Verantwortlichkeit?

Anders als Breuer waren manche Bluter durchaus informiert, daß sie mit dem neuen Präparat ein Risiko eingingen. Harald Köster, Sprecher des „Vereins für Bluterkranke“, nahm die lebensbedrohlichen Nebenwirkungen seiner Blutherapie sogar bewußt in Kauf.

Aids-infizierter Bluter Breuer
„Man hätte alles wissen können“

Auf dem ersten öffentlichen Expertentreffen beim BGA zum Thema Blutsicherheit im November 1983 teilte er seine Entscheidung mit: „Eine Alternative für ein lebenswertes Leben gibt es nicht.“ Die 316 Hämophilen seines Vereins seien bereit, „das Aids-Risiko zu tragen“.

Köster ist an Aids gestorben. Wie er haben offenbar seit dem Auftauchen des HI-Virus Anfang der achtziger Jahre viele Ärzte und Politiker, Gesundheitsämter und Bluter das Risiko falsch eingeschätzt. So behaupteten – ohne irgendeinen wissenschaftlichen Beweis – die prominentesten deutschen Bluter-Experten Ende 1984 in einem Brief an den SPIEGEL, die Infektion mit den HI-Viren sei oft nur eine natürliche Schutzimpfung – eine „erwünschte Immunisierung“ gegen Aids.

Ich appelliere an Sie:
Nutzen Sie diese Informationen.
Und handeln Sie verantwortungsbewußt.

Rita Süssmuth

Prof. Dr. Rita Süssmuth
Bundesministerin
für Jugend, Familie und
Gesundheit

● Eine Verbreitung des Virus durch Blut oder Blutprodukte ist (bei uns) bereits durch die unter Punkt 2 (Bluttransfusionen) beschriebene Regelung praktisch ausgeschlossen.

Können Sie durch Bluttransfusionen angesteckt werden?

Bereits seit Sommer 1985 werden in der Bundesrepublik alle Blutspenden freiwillig mit einem zuverlässigen Test geprüft und fragwürdige Blutspenden vernichtet. Auch die gelagerten Konserven.

Seit dem 1. Oktober 1985 ist dieser Test zwingend vorgeschrieben.

Süssmuth-Info zu Aids-Gefahren
Risiko falsch eingeschätzt

Am tragischen Schicksal der Bluter entzündet sich nun der alte Streit unter Gesundheitspolitikern um Dramatisierung oder Verharmlosung der Aids-Gefahr neu.

Hardliner wie der CSU-Politiker Peter Gauweiler sehen sich bestätigt. Der Münchner hat die politisch Verantwortlichen schon vor Jahren zum entschlossenen Handeln gegen die Verbreitung der Seuche aufgefordert.

Gauweiler hält den Umgang der ehemaligen Bonner CDU-Gesundheitsminister Heiner Geißler und Rita Süssmuth mit Aids-Risiken für lebensgefährlichen Leichtsinn, forderte schon Zwangstests, Register und namentliche Meldepflicht aller Aids-Erkrankten.

Während er „Wege aus der Gefahr“ (so der Untertitel von Gauweilers Buch „Was tun gegen Aids?“) weisen wollte und das Risiko für die Allgemeinheit betonte, zeigte seine liberale Bonner Gegenspielerin Rita Süssmuth, Gesundheitsministerin von 1985 bis 1988, den Aids-Kranken „Wege aus der Angst“ – so ihr Buchtitel.

Ihr Credo: Der Staat könne Aids nicht mit den Zwangsmaßnahmen der Seuchenbekämpfung beikommen, solange die Krankheit nicht heilbar ist,

den Kranken also keine Hoffnung geboten werden kann. Statt dessen müsse die psychosoziale Integration der Opfer gesichert werden.

Seit Gauweiler im SPIEGEL (48/1993) Süssmuth und Geißler der Untätigkeit beschuldigte und nach deren „politischer und tatsächlicher Verantwortung“ fragte, läuft die Debatte auch innerhalb der Christenunion. CSU-Landesgruppenchef Michael Glos entschuldigte sich sogar öffentlich für den Parteifreund: „Das kommt nicht von uns.“

Zu seiner Amtszeit, so begegnet Geißler den Vorwürfen Gauweilers, habe es „eine Situation des Nichtwissens“ gegeben, „über die uns die Experten nicht hinweghelfen konnten“.

Für Geißler war Aids kein herausragendes Thema. Lapidar bat er im Juni 1983 zum Start einer Blutspende-Aktion des Deutschen Roten Kreuzes in Bonn Homosexuelle um „eine gewisse Zurückhaltung“ bei der Blutspende, im übrigen gebe es „keine Gefahr für Empfänger von Blutkonserven“.

Ebenso wie Geißler sieht sich auch die Nachfolgerin Süssmuth frei von Schuld. Kein Politiker habe damals wirklich alle Folgen von Aids absehen können: „Wir waren doch keine Experten.“

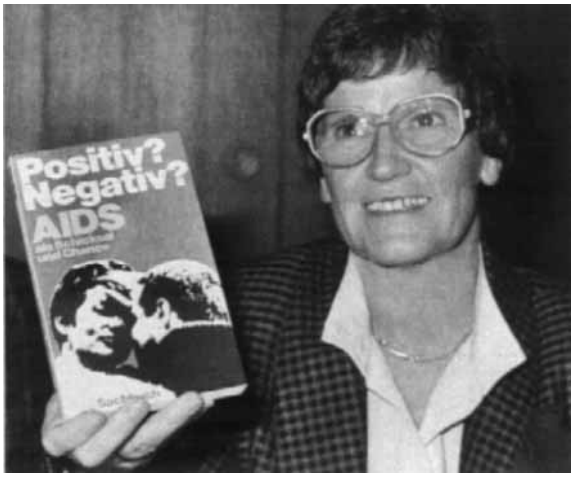
Aber sie hatten welche. Informiert waren schon 1983 die Wissenschaftler beim Bundesgesundheitsamt. Eine Infektion durch das Bluter-Mittel, so der damalige BGA-Präsident Karl Überla, sei „jederzeit möglich“. Gleichwohl entschied die Fachbehörde: „Eine Rücknahme vom Markt oder eine Importbeschränkung kommt als Maßnahme nicht in Frage.“

Zwei Jahre lang konnten sich die Experten des Berliner Amts nicht entschließen, Blut sicherer zu machen. Das BGA setzte sich nur lasch für ein bereits 1981 von der Firma Behring angebotenes Hitze-Inaktivierungsverfahren ein, das die Aids-Viren zerstört.

Nur ein einziger Mitarbeiter im zuständigen Institut für Arzneimittelsicherheit hatte vorrangig mit der Überprüfung von Blutprodukten zu tun. Der Chemiker Klaus Stockhausen bat immer wieder um mehr Personal, vergebens. Völlig überfordert hinterließ er ein Aktenchaos, als er 1990 starb.

Die Blut-Lobby wird sich schwerlich rechtfertigen können, alles für die Bluter und deren Sicherheit getan zu haben. Das Deutsche Rote Kreuz etwa, so zeigen die Unterlagen, versuchte gemeinsam mit der Pharmaindustrie, vor Gericht Auflagen zu verhindern, die ihre Geschäfte geschmälert hätten.

In einer jüngst veröffentlichten Chronologie räumt das BGA heute ein: „Ein rascherer und umfangreicherer Einsatz von hitzebehandelten Gerinnungsfaktoren-Konzentraten“ wäre ab Ende 1983 möglich gewesen.



Gesundheitsministerin Süssmuth (1988)
„Wir waren doch keine Experten“

Gesundheitsminister Geißler (1983)
„Situation des Nichtwissens“

Eingeführt wurde das Verfahren tatsächlich erst 1985. Gerade in diesen zwei Jahren wurden Köster und viele andere infiziert.

Der Ausschußvorsitzende Scheu, ein Verwaltungsjurist aus Bamberg, glaubt, Geißler und Süssmuth hätten die Verfahren zur Inaktivierung von HIV in Blutpräparaten beschleunigen können.

Süssmuth unterschrieb statt dessen noch Mitte der achtziger Jahre eine Postwurfsendung zur Beruhigung der Bürger, aber mit offensichtlichen Unwahrheiten: Höchstens 20 Prozent der Infizierten würden später tatsächlich krank, und „eine Verbreitung des Virus durch Blut oder Blutprodukte“ sei „praktisch ausgeschlossen“. Nachlässig zeigte sich die Ministerin auch im Umgang mit den Pharmafirmen. Nach dem Stichtag 1. Oktober 1985 wurden deutsche Blutspender auf HIV getestet. Doch niemand fühlte sich zuständig, alte Blutprodukte zurückzurufen und aus dem Handel zu nehmen. Die Bonner Ministerin hielt das Problem für Ländersache – doch die Länderbehörden taten ebenfalls nichts. Noch zwei Jahre lang, also bis 1987, seien alte ungeprüfte Blutprodukte im Handel gewesen, berichten Mitarbeiter des Berliner Bundesgesundheitsamtes.

Ausschußmitglied Horst Schmidbauer (SPD) will die Bonner Gesundheitsminister fragen, warum sie sich nie um eine nationale Eigenversorgung mit Blutspenden bemüht haben. Keiner der Ressortchefs hat sich offenbar um die Erfahrungen anderer europäischer Länder geschert. In Belgien etwa gab es kaum HIV-Fälle unter Blutern, weil dort nur noch belgisches Blut verwandt wurde, nachdem der erste Ansteckungsverdacht publik geworden war.

Die Vorsitzende des Hämophilenverbandes, Ute Braun, und Pharma-Kritiker Ulrich Moebius machten auf die Gefahren von Importblut aufmerksam. Doch niemand reagierte.

Auch nicht Gesundheitsministerin Ursula Lehr (CDU) und ihre Nachfolgerin Gerda Hasselfeldt (CSU). Beide – die erste mit ihrem Hobby Altersforschung, die zweite mit ihrem politischen Überlebenskampf beschäftigt – nahmen Aids und Aids-Gefahren für Bluter offenbar nicht ernst.

Wenn der Ausschuß die Vorgänger Horst Seehofers befragt, werden sie alle auf ihren „Stand des Wissens“ verweisen – und auf eine Entscheidung des Landgerichts Berlin.

Die Richter stellten 1990 trotz erheblicher Vorwürfe ein Verfahren gegen den BGA-Präsidenten Überla in der Bluter-Affäre ein. Die Begründung: Der Beschuldigte sei seiner Amtspflicht gerade „noch rechtzeitig“ nachgekommen.

Zumindest die Experten können sich auf solche Freisprüche mittlerweile nicht mehr verlassen. Der Bundesgerichtshof hat entschieden, daß schon 1984 das Fachwissen über das Aids-Risiko allergrößte Sorgfalt bei der Auswahl der Blutspender verlangt hätte. Der Stadtstaat Hamburg, dessen Uni-Klinik dagegen verstieß, muß nun Schadensersatz an Aids-infizierte Patienten zahlen.

Derselbe Maßstab, so Aids-Opfer Breuer, müsse auch an Gesundheitspolitiker gelegt werden. ❑